

GDBA begrüßt Diskussion um Alkoholverbot in der Bahn

© dpp

Runder Tisch gefordert, um auch Durchführung erörtern zu können

Berlin. Die Diskussion um ein Alkoholverbot in Zügen der Deutschen Bahn wurde vom Vorsitzenden der Bahngewerkschaft GDBA, Klaus-Dieter Hommel, begrüßt. Es sei gut und auch richtig darüber nachzudenken, wie die Sicherheit in Zügen und Bahnhöfen erhöht werden könne, entgegnete dieser am Dienstag dazu im ZDF-«Morgenmagazin».



Vor diesem Hintergrund sprach sich Hommel für einen Runden Tisch aus, an dem all diejenigen teilnehmen sollen, die ein Interesse für mehr Sicherheit haben. Gleichzeitig warnte er allerdings vor einseitigen Verboten. Fraglich sei zum Beispiel, wie ein Alkoholverbot mit der momentanen Personalausstattung umgesetzt werden solle. Deswegen forderte er mehr Personal in den Zügen und auf Bahnhöfen. Die Auftraggeber für den öffentlichen Nahverkehr müssten dann allerdings dementsprechend auch mehr Geld zur Verfügung stellen.

Die Fahrgastverbände widersprachen dagegen dem Vorstoß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Alkoholverbot. «Vom Bauch her sind wir für ein Alkoholverbot», erklärte ein Sprecher von Pro Bahn in der Dienstagsausgabe der «Frankfurter Rundschau». Jedoch vergraulen man damit auch viele erwünschte Fahrgäste. Desweiteren sei ein Verbot nur extrem schwierig durchzusetzen.

Im Bahnverbund Berlin-Brandenburg sei Alkohol zwar bereits verboten, doch das Verbot verpuffe wirkungslos, da es nicht genug kontrolliert werde, berichtete der Sprecher. Pro Bahn schlage deswegen vor, Fußballfans mit Sonderzügen ins Stadion und auch zurückzubringen. Alternativ könne man diese Züge auch von Polizisten begleiten lassen. «Das müssen dann aber die Vereine bezahlen», entgegnete der Sprecher.

Der Fahrgastverband Allianz pro Schiene wandte sich ebenfalls gegen ein allgemeines Alkoholverbot. Dadurch lasse sich das Gewaltproblem keineswegs lösen, äußerte eine Sprecherin der Zeitung. Sie sprach sich zugleich für mehr Personal aus. Viele Zugbegleiter seien überfordert und hätten zudem auch Angst. Unter solchen Bedingungen ein

Alkoholverbot durchsetzen zu wollen, sei utopisch. Zudem dürfe man die Schaffner nicht zu einer «Gesinnungspolizei» machen. (ij/ddp)